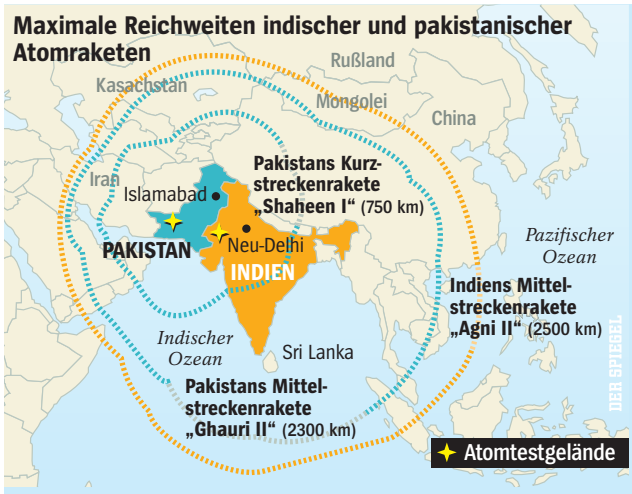
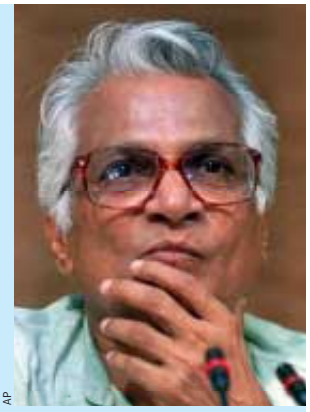


AFP / DPA



AP

Indische „Agni II“-Rakete, Verteidigungsminister Fernandes

INDIEN/PAKISTAN

Erbfeinde rüsten mit Atomraketen nach

Zwei Monate nach der Unterzeichnung einer Friedensdeklaration gehen die Junior-Atommächte Indien und Pakistan wieder auf Konfrontationskurs. Indien feuerte vorvergangenen Sonntag eine Trägerrakete vom Typ „Agni II“ in den Golf von Bengalen, Pakistan reagierte mit dem Start des Flugkörpers „Ghauri II“ sowie am Donnerstag mit der Zündung der Kurzstreckenrakete „Shaheen I“. Die neuen Lenkwaffen können nukleare Sprenglasten transportieren und haben zum Teil eine erheblich größere Reichweite als ihre Vorgängermodelle: Ghauri II deckt Ziele im Umkreis von rund 2300 Kilometern ab, Agni II kann rund 2500 Kilometer weit fliegen, also bis Peking oder bis zum US-Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean. Niemand werde es „in Zukunft wagen, Indien zu bedrohen“, tönte Verteidigungsminister George Fernandes, der Raketenversuch sei „wie nach Drehbuch“ verlaufen. Indien hat während des letzten halben Jahrhunderts dreimal Krieg gegen Pakistan und einmal gegen China geführt. Peking warnte jetzt prompt vor einer „Beschleunigung des Rüstungswettlaufs“, zumal die Entwicklung der indischen Interkontinentalrakete „Surya“ (geplante Reichweite bis zu 20 000 Kilometer) offenbar auch schon weit gediehen ist.

Pro Jahr gibt Indien 18 Milliarden Mark für die Rüstung aus, davon rund 2,7 Milliarden für die Nuklear- und Raketenforschung – während das Land mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 700 Mark unter allen Staaten der Erde auf Platz 128 rangiert und etwa 350 Millionen Inder in Armut leben. Als Hauptgrund für den spektakulären Raketentest gelten massive innenpolitische Probleme: Nachdem Mitte voriger Woche mit einer südindischen Tamilenpartei der wichtigste Koalitionspartner des Premiers abgesprungen war, hoffte Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee auf einen Sympathieschub durch das militärische Muskelspiel.

TERRORISMUS

Olympia-Anschlag erneut vor Gericht

Die Hintergründe des Münchner Olympia-Massakers von 1972, bei dem elf israelische Sportler nach dem Überfall eines palästinensischen Terrorkommandos starben, sollen neu aufgerollt werden. Nach Überzeugung der Hinterbliebenen sind deutsche Sicherheitskräfte wegen gravierender Fehler bei der Polizeiaktion mitverantwortlich für den Tod der Sportler. Doch ihre Klage gegen die Bundesregierung, die bayerische Landesregierung und die Stadt München wurde von den Gerichten bisher mit dem Hinweis auf Verjährung abgewiesen. Aufgrund eines neuen Gutachtens sowie von Zeugenaussagen hoffen die Hinterbliebenen jetzt, sich im Berufungsverfahren vor dem Münchner Oberlandesgericht durchzusetzen. Der Verhandlungstermin wurde auf den 17. Juni anberaumt. Strittig ist, ob sich die israelischen Kläger überhaupt auf eine Amtshaftung der deutschen Behörden berufen können. Das im Auftrag des Gerichts erstellte Gutachten des Münchner Rechtsprofessors Andreas Heldrich sowie seines Tel Aviver Kollegen Ariel Porat bejaht dies nach Auffassung der Angehörigen. Außerdem soll ihr früherer Anwalt bezeugen, daß er zwar von deutschen Untersuchungsakten wußte, aber nie Einsicht erhielt. Das könnte die Verjährungsfristen verlängern. Angehörigen wie Ankie Spitzer, Witwe des Fechttrainers Andre Spitzer, der bei der mißglückten Befreiungsaktion auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck ums Leben kam, geht es nicht nur um die geforderten 40 Millionen Mark Entschädigung; sie wollen, daß „mit dem Prozeß die Wahrheit auf den Tisch kommt“.

PANDIS

Terrorist im Münchner Olympiadorf 1972